

# Sächsische Volkszeitung

Sonntagnachmittag den 17. September 1910

Erhältlich täglich nachm. mit Kaufnahme der Sonn- und Zeitung.  
Ausgabe A.: Mit der Zeit in Wort und Bild vereinfacht  
10 M. In Dresden durch Seiten 2,40 M. In ganz  
Deutschland frei 2,50 M.

Ausgabe B.: Ohne Illustrationen vierterl. 1,80 M. In  
Dresden d. Seiten 2,10 M. In ganz Deutschland frei 2,20 M.  
Sonderausgabe 10 M. — Zeitungsausgabe Nr. 6858.

Bitte probieren Sie unseren hochfeinen  
**Familien-Kaffee**

per Pfund Mark 1,35.

Gerling &amp; Rockstroh, Dresden.

Niederlagen in allen Stadtteilen.

**Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit**

Unterseite werden die sächsischen Zeitungen oder deren Raum mit  
15 M. bestimmt mit 50 M. für Zelle breit, bei Wiederholungen  
entprechenden Rabatt.

Druckerei, Redaktion und Verlagsstätte:

Dresden, Villner Straße 48. — Fernsprecher 1300

Für Münzgeld umverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit

Redaktionsschluss: 11—12 Uhr.

1415

## Ein Kardinal über das Motuproprio „Sacrorum Antistitum“.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, den 14. September 1910.

Wieder einmal rauscht es gewaltig im liberalen Blätterwald. Die gewisse Presse, die sich sonst um Angelegenheiten der katholischen Kirche wenig oder gar nicht kümmert, hat auf einmal ihr Herz für die armen Priester, natürlich für die Unbotmäßigen und Dissidenten, gefunden. Die letzten Verfügungen des Heiligen Vaters betreffend die Absegnbarkeit der Pfarrer, die Erteilung des teil. Sakramentes des Altars an siebenjährige Kinder und vor allem das Dekret Motuproprio „Sacrorum antistitum“ hat in der ganzen antiklerikalischen Presse einen solchen Widerhall gefunden und eine solche „Empörung“ hervorgerufen, daß man sich mit Recht fragen muß, was denn geschehen sei, was solche Erregung rechtfertigen würde. Ein vatikanischer Würdenträger, der dem Heiligen Vater und dem Staatssekretär Merci del Val nahesteht und mit deren Intentionen wohl vertraut ist, hatte die Güte, mich zu empfangen und mir betreffend des Motuproprios folgende Mitteilungen zu machen.

„Wie Sie sehen, ist dieses Motuproprio die logische Fortsetzung des Kampfes Sr. Heiligkeit Pius X. gegen das langsame und heimliche Eindringen der modernistischen Lehre, die anstatt wie Luther und die Reformatoren die Kirche direkt und offen angzugreifen, sich in die Seminare und unter die Cleriker langsam einschleicht unter dem trügerischen Vorzeichen, junge Leute auslösren zu wollen. Dieses Uebel, das womöglich ärger ist als die Reformation selbst, drohte die Kirche in ihrem Innern zu erschüttern, wenn der klare und feurige Geist Pius X. nicht den Mut gehabt hätte, es mit dem Flammenschwert zu bekämpfen. Man kann das „Motuproprio“ als eine Folgerung der Enzyklika „Pascendi“ betrachten, welche theoretisch zu zeigen trachtete, worin die Feinde des Modernismus bestehen, während das Motuproprio den kirchlichen Behörden Mittel und Weg angibt, das Feindwesen sofort zu entfernen. Die Enzyklika gegen die Sillonisten sah die Gläubigen durch nebelhafte Theorien vom rechten Wege abweichen. Das Motuproprio ist nur für die Cleriker bestimmt. Dies ist auch der Grund, warum die Enzyklika gegen die Sillon voll von väterlicher Liebe ist, während das Motuproprio, das an Geschäftsmänner gerichtet ist, kurz und bündig gefaßt erscheint.“

Ich stellte nun an meinen Bewährtenmann die Frage, ob der Eidwurz genügen werde, um irgend einen Cleriker davon abzuhalten, insgeheim die modernistischen Lehren zu verbreiten. Der hohe kirchliche Würdenträger antwortete mir:

„Wir können niemanden daran hindern, einen Eid zu brechen, aber von nun an wird die Bestrafung schneller und strenger sein als früher. Bis jetzt hat man, bevor man einen modernistischen Priester verurteilt, zu lange Zeit gewartet. Man hat zuerst in Erfahrung zu bringen gewußt, ob seine Absichten entstehbar wären. Nun wird man dies als Neubeginn betrachten, und die kirchlichen Geiste sind in einem solchen Falle unerbittlich.“

Ich fragte weiter, ob man nicht fürchte, daß die wiederholten Ausschließungen und Exkommunikationen die Kirche schwächen könnten. Ich erhielt folgende Antwort:

„Wir wissen, daß diese Erwartung ein beliebtes Argument für diejenigen ist, welche die vom Papste ergriffene Maßregel verurteilen, insbesondere für die Blodzeitungen und Freimaurer. Wir sind ihnen außerordentlich dankbar für das spontane Interesse, das sie für die Kirche zeigen. Dies eine Mal, wo sie sich als Katholiken zeigen, sind sie katholischer als der Papst selbst. Wir sind aber der Ansicht, daß der Heilige Vater besser weiß, was er zu tun hat. Denken Sie nur an die Geschichte von Gideon im alten Testamente: Ein Heer von 500 Mann, worunter sich 200 Tapferen und 300 Feiglinge befinden, ist viel schwächer als eines, das bloß aus 200 Tapferen besteht. Gewiß wäre es lächerlich, wenn alle diejenigen, die sich Katholiken nennen, es auch wirklich wären. Die Tatsache, daß Mitglieder der Kirche austreten müßten, ist für uns jedenfalls recht peinlich. Da man aber mit dieser Tatsache rechnen muß, so wäre es ein Zeichen von Schwäche und Feigheit, deshalb die Augen zu drehen, um das Uebel verbergen zu wollen. Pius X. hat die Gefahr des neuen Protestantismus erkannt, der sich in die Adern der Kirche einschleicht, und wenn auch sein väterliches Herz darob großen Schmerz empfindet, so hat er dennoch beschlossen, die kranken Blätter unerbittlich zu entfernen, um den Körper selbst zu retten. Er hat die Gegen-

reformation vollendet, wie jene des 16. Jahrhunderts vom heil. Bonifacius eingeleitet und von Pius V. vollendet wurde. Wäre mit dieser Gegenreform im 16. Jahrhundert 40 Jahre früher begonnen worden, so hätte man vielleicht einen großen Teil Europas für die Kirche zu retten vermögt. Diesmal steht man Dank der Energie und Einsicht Pius X. das Uebel bei der Wurzel, ohne abzunutzen, bis es weitere Verbesserungen anrichtet.“

Schließlich stellte ich noch die Frage, ob dem Motuproprio geheime Weisungen folgen würden. Ich erhielt zur Antwort:

„Dies ist ein Geheimnis Sr. Heiligkeit und wir wissen nicht, was er entscheiden wird.“

Auf alle Fälle ist aus dem vorhergehenden zu erkennen, daß alle diejenigen, die sich der im Motuproprio angezeigten Fertümer schuldig gemacht haben oder es noch tun, gezwungen sein werden, sich entweder zu unterwerfen oder aus der Kirche auszutreten.

## Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung.

Dresden, den 16. September 1910

Mit der Frage der hohen Fleischpreise beschäftigte sich gestern abend das Stadtratordnungscollegium in einer dreistündigen Debatte. Wie wir gestern mitteilten, lagen hierzu drei Anträge von konservativer, nationalliberaler und sozialdemokratischer Seite vor, in denen Maßregeln gegen die Fleischsteuerung sowie eine Darstellung der Errichtung der neuen Schlachthofgebühren auf die Fleischpreise gefordert wurden.

Stadtverordneter Hoffleischhermeister Niedenführ forderte die zollfreie ungehinderte Einführung von Rind- und Schweinefleisch aus den angrenzenden Ländern und eine gleichmäßige Bevorratung des Auslandswiebers bezüglich der lebenspolizeilichen Maßnahmen. Stadtverordneter Dr. Strelfmann (nat.-lib.) trat der Meinung entgegen, daß die Fleischpreise von agrarischer Seite fälschlich hochgehalten würden und auch eine Lefnung der Grenzen werde nichts helfen. Er stimme mit dem Bunde der deutschen Viehhändler überein, der eine Herabsetzung der Quotanähe für dänisches Vieh und eine Herabsetzung der Frachtläge für Viehsendungen um 50 Prozent gewünscht habe. Außerdem schläge er den Zusammentritt des Deutschen Städterates vor, denn sonst wisse man überhaupt nicht, zu was dieser eigentlich da sei. Stadtverordneter Rößle (Soz.) bezeichnete die Angaben über die Viehsendungen als Humba und wandte sich dann gegen die Schlachttiere und die Übergangsabschafe. Seitens der Dresdner Fleischer werde die Meinung verbreitet, daß der neue Schlachthof an den hohen Fleischpreisen schuld sei. Dem müsse entgegengestritten werden.

Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Bentler weist darauf hin, daß der Rat sich schon seit Monaten mit der Angelegenheit beschäftigt habe und daß in der selben Angelegenheit bereits im Jahre 1908 eine Petition an den Reichstag seitens der städtischen Kollegien obgegangen sei. Leider habe der Reichstag diese Petition damals abgelehnt. Ein Mangel an Schweinen sei überhaupt nicht vorhanden, denn erst gestern seien auf dem städtischen Viehmarkt 308 Stück unverkauft geblieben. Auch seien die Schweinepreise bereits wieder gefallen und er hoffe bestimmt, daß auch die Preise für das ausgeschlachtete Fleisch seitens der Fleischer wieder reduziert werden würden. Auch er stimme den Maßnahmen des Vereins der Viehhändler bei; ebenso sei er für einen Import ausgeschlachteter Tiere und für eine Ermäßigung der Frachtläge für den Transport des Viehs. Auch eine Verkürzung der Quarantänezeit für dänisches Vieh könne er befürworten. Tag gegen verspreche er sich nicht viel von einer Befreiung der Schlachttiere und von einem Zusammentritt des Deutschen Städterates. — Nach einer weiteren Debatte wurden alle drei Anträge einstimmig angenommen.

Wir glauben nicht, daß eine Erhöhung der Frachtläge oder die Aufhebung der Schlachttiere eine Abnahme der Preise im Lande zur Folge haben werden. Alle diese kleinen Maßnahmen fallen nur dem Händler in die Tasche. Doch Unappetit an Schlachtfleisch herrscht, wird sicherlich zuzugeben sein. Aber bei weitem nicht in dem Maße, daß sie die gegenwärtige exorbitante Höhe der Fleischpreise und das Gescheh der interessierten Händler über Viehmangel rechtfertigen würde. Bis noch vor zwei Jahren hat die Zunahme des Rinderbestandes im Deutschen Reich mit der Bevölkerungszunahme proportional nicht nur gleichen Schritt gehalten, sondern sie noch bedeutend übertroffen. Erst mit dem Jahre 1909 trat eine Folge der damaligen abnorm schlechten Futterernten, eine kleine Verminderung um 2,7 Prozent ein. Andererseits aber, und das wird von der Freihandelspresse geflügelte stets unterstellt, war im Jahre 1909 im Bestand an Schweinen eine Zunahme von 5,51 Prozent zu verzeichnen, die bis jetzt anhielt, so daß jener Rückgang im Rindviehbestande auf dieser Seite wenigstens ausgeglichen wurde. Dennoch ist auch der Fleischkonsum in Deutschland, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, fast stetig gestiegen.

Bekanntlich ist nicht nur der Preis für Rindsleisch,

sondern auch der für Schweinefleisch hinaufgegangen. Nun ist es merkwürdig, daß zu gleicher Zeit Notshreie der schleswig-holsteinischen Schweinezüchter über verlustreichen Geschäftsgang erlösen. Es wird über ein viel zu starkes Angebot geplagt. Die Aufsicht der Schweine sei forcirt worden und so eine Überproduktion und ein Preisrückgang eingetreten. Die Schweine bleiben unverkauft. Leider merkt man an den Preisen für Schweinefleisch von dieser Überproduktion und diesem Preisrückgang blutwenig.

Alle Bemühungen der Behörden, dem Fleischwucher anstreben, scheitern an der völligen Unzulänglichkeit der von ihr getroffenen Maßnahmen. So lange die Behörden sich scheuen, einmal den wahren Schuldigen an den Ketten zu geben, wird es ihnen nicht gelingen, den kolossalen, zuweilen fälschlichen Preisabschlägen im Rind- und Fleischhandel Einhalt zu tun. Und zu diesen Schuldigen ist in erster Linie der untreue Zwischenhandel zu rechnen, der unabhängig vom Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zum Schaden des Produzenten und des Konsumen, nur zu seinem eigenen Vorteile, die Preise „reguliert“. Dagegen freilich muß eine systematische Fürsorge der staatlichen Zielen für noch intensivere Ausgestaltung des Viehstandes und der Viehnistung einherlaufen.

Auf mit den Grenzen! Rieder mit den Viehhößen! schreien die Händler und Sozialdemokraten, um die Aufmerksamkeit des Publikums von den wahren Ursachen der Fleischsteuerung abzuhalten. Die Grenzen für die Einfuhr von Schlachtfleisch aus anderen Ländern sind ja ohnehin schon offen und nur dann und dort gesperrt, wo und wann die Einschleppung von Viehbeulen zu befürchten ist. Wenn von auswärts trotzdem so wenig Schlachtfleisch hereinkommt, kann doch die deutsche Landwirtschaft nichts dafür. Sie muß aber die nötigen Vorsichtsmaßregeln im Interesse des Schutzes des heimischen Viehbestandes verlangen, weil eine Dezimierung des einheimischen Viehbestandes durch Einschleppung von Seuchen erst recht eine Vieh- und Fleischnot erzeugen und das Fleisch konsumierende Publikum erst recht auf Gnade und Ungnade den Fleischwucherern vom Stamm Rimm ausliefern würde.

## Politische Rundschau.

Dresden, den 16. September 1910.

Die Vorstandsmitglieder des Deutschen Fleischerverbandes waren am 14. d. M. im Handelsministerium vor. Mit der Fleischnotfrage hatte der Besuch an dieser Stelle jedoch nichts zu tun. Es handelte sich vielmehr ausschließlich um interne Angelegenheiten des Fleischergewerbes, das sich durch neue Gesetze und Verfügungen mehr oder weniger berührt fühlt. Ihre Wünsche und Gedanken hatten die Herren in einigen Abhandlungen niedergelegt, die sie erläutern den Vertretern der Regierung überreichten. Eine dieler Besucherin behandelt das Gesetz vom 8. Februar 1910, betreffend die Preisnotierungen beim Markthandel mit Schlachtfleisch. Eine andere Schrift beschäftigt sich mit der Einführung für landwirtschaftliche Fleisch- und Wiegegeräte, und eine dritte erörtert die Bestimmungen, die für die Fleischfertigmasse und Fleischfertigungsart der Lehrlinge in den mit Motorbetrieb ausgerüsteten Schlachtereien erlassen sind. Es wurde den Herren eine eingehende Prüfung ihrer Eingaben zugesetzt.

Der Ausschuß des deutschen Bauernbundes gibt nun mehr seine Stellungnahme zu den Agrarzöllen bekannt. Er hat folgende Entschließung einstimmig angenommen: Der deutsche Bauernbund steht entschieden auf dem Standpunkt des Zolltarifes des Jahres 1902 und der laufenden Handelsverträge. Er erklärt ausdrücklich, daß er eine Herabsetzung der Getreidezölle ebensoviel als angängig erachtet, wie eine Herabsetzung der Vieh- und Fleischzölle oder eine Minderung des Seuchenschutzes. Was liegt nun der Bauernbund zu dieser Stellungnahme seiner Bataillen? 2. Frage: Wozu ist denn der Bauernbund gegründet worden?

Eine beachtenswerte Rede hielt der Zentrumsvorstand Graf Brahma in Tarnowitz; er führte dabei u. a. aus: „Ein anderes Gesetz und Haftungsmittel, die sich besonders der Bauernbund bedient, um die Volkswaffen aufzuwiegeln, ist die Wär von den bevorstehenden neuen Steuern. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Steuern sich ganz gut bewähren; daß dieser oder jener Posten in diesem Jahre hinter dem Voranschlag zurückbleibt, hat nichts zu befafen, denn damit ist von vornherein gerechnet worden. Der volle Ertrag ist erst in einem oder in zwei Jahren zu erwarten. Das eine aber wissen wir schon jetzt, daß die Reichsfinanzen einer Belastung entgegengehen. Neue Steuervorlagen werden mit keinem Faum kommen. Man spricht von einer neuen Militär- und Marinavorlage; daran glaube ich nicht. Aber auch die Erbbahtssteuer wird nicht wiederkommen, denn Herr v. Bethmann Hollweg würde dadurch die Mehrheit, mit der er die Finanzreform gemacht hat und mit der er auch in Zukunft wird rechnen müssen, vor den Kopf stoßen, und er wäre unflug, wenn er das täte; aber es werden auch keine Schulden gemacht, denn dazu gibt der Reichstag keine Einwilligung. Es verbliebe also nur eine Erhöhung der Matrikularkosten und der Umlage auf die Einzelstaaten, und dafür würden sich wieder diese be-

danzen. Wie schon gesagt, wird das Flottenprogramm keine neuen Ausgaben erfordern; denn wir haben ein festes Flottenprogramm, dessen Kosten im Etat eingefestigt sind. Aehnlich ist es mit dem Heeresetat, auch fürs Heer ist die Präsenzstärke festgesetzt." Vor einigen Monaten hat sich Abgeordneter Freiherr v. Hartling ähnlich ausgesprochen; auch die "Streuzzeitung" schrieb kürzlich, daß keine Ausgaben ohne Datum beschlossen werden dürfen. Man muß sich das im Staatsministerium und im Bundesrat angesichts der angekündigten Militärvorlage merken, sonst kann es schnell eine Erhöhung der Matrikulabeträge geben.

**Gute Aussichten für die Seefliegerlaufbahn.** Die vor einigen Jahren erlassene Bestimmung, daß gut bewährten Leutnants zur See, die als Abiturienten in die Marine eingetreten sind, bei der Beförderung zum Oberleutnant zur See durch Vorpontierung ein Vorteil gewährt werden soll, wird in Streichen, die mit Marineverhältnissen nicht näher vertraut sind, hinsichtlich ihres praktischen und tatsächlichen Effektes weit überschätzt. Infolgedessen scheint sich die Ansicht herausgebildet zu haben, daß Seefüddeten, die als Primaner eintreten, nur sehr geringe Aussichten für eine erfolgreiche Laufbahn hätten und gegenüber den gleichzeitig eintretenden Abiturienten unter allen Umständen zwei Jahre verloren. Deshalb ist darauf hinzuweisen, daß nach wie vor gute qualifizierte Primaner stets Aussicht auf Ernennung haben und daß die etwaige Schädigung durch Vorpontierung von Abiturienten bedeutend geringer ist, als vielfach angenommen wird, da ja nur die gut qualifizierten Abiturienten für eine solche in Frage kommen. Außerdem ist in der obenerwähnten Bestimmung ausdrücklich vorgesehen, daß vorzüglich bewährte Primaner ebenfalls vorpotentiert werden können. Diese hätten dann den gleichzeitig eingetretenen Abiturienten gegenüber noch den Vorteil jüngeren Lebensalters, wozu noch die günstigeren Verförderungsverhältnisse in der Marine kommen, die besonders infolge des plannmäßigen Ausbaues der Torpedostreitkräfte und des Unterseebootwesens auch jüngeren Offizieren gute Aussicht für selbständige Stellungen bieten. Auch löst die beabsichtigte Entsendung von S. M. S. "Gneisenau" in das Ausland darauf schließen, daß mit der durch das Flottengefäß vorgesehenen allmäßlichen Vermehrung der Ausländerschiffe der Anfang gemacht wird, wodurch sich die Zahl der Auslandskommandos, zumeist für jüngere Offiziere, erhöhen wird, die Aussichten für jüngere Offiziere wesentlich günstiger werden.

**Ein Reichsverwaltungsgericht.** Die Beratungen des deutschen Juristentages, der am Montag in Danzig zusammentrat, werden sich von anderen Gegenständen abgrenzen, auch auf die Frage der Schaffung eines Reichsverwaltungsgerichtes erstrecken. Es handelt sich hier um ein Problem, das nicht erst jetzt neu auf dem Plane erhebt, sondern das bereits in der hochmänischen Literatur eine ausgiebige Behandlung erfahren hat; im speziellen ist seine bevorstehende Erörterung durch drei von Schulzenstein, Thoma und Außig erstatte. Gutachten vorbereitet wurden. Die "A. Ztg." schreibt über diese Materie: "Wir haben im Deutschen Kaiserreich ein einheitliches Civil- und Strafrecht und eine einheitliche Organisation der Gerichte; wir haben als oberste Instanz über den einzelstaatlichen Gerichten das Reichsgericht, dessen bedeutungsvolle Aufgabe es ist, die Einheit und Einheitlichkeit der Rechtsprechung zu wahren. Das Gebiet der Verwaltung dagegen haben die Einzelstaaten grundsätzlich für sich behalten; damit sind auch Verwaltungsrecht und Verwaltungsgerichtsbarkeit im wesentlichen unter ihrer Kompetenz geblieben. Für das Verwaltungsrecht und die Verwaltungsstreitverfahren gibt es daher zwischen den Einzelstaaten keine Einheitlichkeit; jeder Staat urteilt die sich einstellenden Streitfälle auf seine Weise. Da aber gewisse Bezirke unseres wirtschaftlichen Lebens durch die Reichsgesetzgebung geregelt sind, so hat sich mit Notwendigkeit neben dem einzelstaatlichen Verwaltungsrecht auch ein Reichsverwaltungsrecht bilden müssen. Man denkt z. B. an die Streitfälle, die durch die Gewerbeordnung oder die Versicherungsgesetze oder die Zölle und Zollgesetzegebung begründet werden können. Diese Streitfälle aus dem Bereich des Reichsverwaltungsrechtes werden entweder von verschiedenen Reichsbehörden, wie dem Reichsversicherungsamt, dem Reichseisenbahnamt, dem Oberseeamt und anderen oder von der einzelstaatlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit zum Austrag gebracht. Nun laufen die Grenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit des Reiches und der Einzelstaaten monnisch ineinander. Daher kommt es, daß dieselbe Rechtsfrage, z. B. im Bereich des sozialpolitischen Berichterstattungswesens, nicht selten von der Reichsinstanz und von den Landesverwaltungsgerichten anders beurteilt und entschieden wird. Vor allem liegen sich die einzelstaatlichen Verwaltungsgerichte mit ihrer Rechtsprechung untereinander häufig in Widerprüfung. Erwagt man ferner, daß der Umfang der verwaltungsgerichtlichen Vertretung sowohl im Reiche wie in den Einzelstaaten, immer mehr anwächst und durch künftige Gegebenheiten voransichtlich weiter vermehrt werden wird, so wird man zu dem Schlusse gelangen, daß der gegenwärtige Zustand in der Tat sehr viel zu wünschen läßt, und der Gedanke, eine Ordnung zu schaffen, die, ähnlich wie für das Civil- und Strafrecht, auch für die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Deutschen Kaiserreich und Einheitlichkeit sichert, höchst verlockend erscheinen muß. Dieses ist das Ziel, auf das die Befürworter der Einführung eines Reichsverwaltungsgerichtes lossteuern; eines Reichsverwaltungsgerichtes, das für die Verwaltungsgerichtsbarkeit dieselben Aufgaben zu erfüllen hätte, wie das Reichsgericht für das Civil- und Strafrecht." — Dass eine Reihe von Bedenken vorliegen, ist selbstverständlich; man muß aber abwarten, was zunächst der Juristentag beschließen wird. Es ist sehr donkenswert, daß der Juristentag die schwierige Materie behandelt.

**Kaliverteilungsstelle.** Nachdem kürzlich die Ernennung des Oberamtmannes Engel zum Vorsitzenden der Verteilungsstelle bekannt gegeben wurde, enthält jetzt der "Reichsanzeiger" die Bekanntgabe der der Verteilungskommission und der Berufungskommission zugewiesenen Mitglieder und Stellvertreter. In die Verteilungsstelle sind

vom Reichskanzler gewählt worden: der preußische Bergwerksdirektor Bergrat Wiesel zu Bienenburg zum stellvertretenden Vorsitzenden, ferner Oberbergrat Gante zu Leopoldshall und Oberbergrat Herwig zu Braunschweig zu Beispielen, Bergwerksdirektor Bergrat Bickler zu Bleicherode und der Bergrat Mitteldorf zu Leopoldshall zu Stellvertretern. Von den Kaliverteilungsstelle sind für die gleiche Zeit gewählt: Bergrat Groebler (Salzdorf), Direktor Bain (Südburg), Kommerzienrat Besserer (Neustadt), Bergrat Nott (Thüringen, Werke) als Beisitzer, ferner Bergassessor Dr. Voigt (Glückauf), Dr. Weit (Ludwig II.), Gerhard Korte (Wurbach), Direktor Radke (Alexandershall) als erste Vertreter der gewählten Beisitzer in der angegebenen Reihenfolge, ferner Bergrat Vogelsang (Mansfeld), Bergassessor Rehl (Rohlsdorf), Direktor Wittjen (Carlsfund). Dr. Wardhoff (Wintershall) als zweiter Stellvertreter der gewählten Beisitzer in der angegebenen Reihenfolge. — Zur Berufungskommission wurden gewählt: Geh. Oberbergrat Althans zu Berlin zum Vorsitzenden, Geh. Oberregierungsrat Delbrück zu Berlin zum stellvertretenden Vorsitzenden, ferner Wirk. Geheimrat Dr. Hunnius zu Weimar, Oberbergrat Kast zu Halle a. S., Bergrat Riepert zu Goslar, Geheimer Bergrat Prof. Dr. Schröder zu Berlin zu Mitgliedern der Berufungskommission, Ministerialdirektor Dr. Nebe zu Berlin, Bergrat Hodel zu Halberstadt, Bergrat Nott zu Hannover und Prof. der Bergakademie Bergrat Dr. Lübben zu Berlin zu Stellvertretern.

**Von der Wiederkehr der Reichserbschaftsteuer** sprechen liberale Blätter, welche hoffen, damit gute Wohlgeschäfte machen zu können. Der Reichsfinanzreformmeinherr sieht ein solcher Vorstoß, der in seinen Nebenwirkungen das Verhältnis von Bundesrat und Reichstag schwer trüben würde, gar nicht so ungelegen, wie es das "Berl. Tagebl." darzustellen verucht; sie hat vielmehr ausgezeichnete Waffen zur Gegenwehr in den Händen. Da liegt zunächst die Reichswertzuwachssteuer noch vor, deren Gestaltung ganz ungewiß ist, die aber ein Gefühl erhalten, an dem die Liberalen wenig Freude haben werden. Wie leicht ist es, für die Verdopplung der Talontaxe eine Reichstagsmehrheit aufzubringen. Die Mehrheit für die Abstimmung abzugeben ist heute noch vorhanden, einige kleine Änderungen an dem Kommissionsbeschuß von 1909 bestätigen große Einmündung und die Frage lautet dann weiter: Besteuerung des Kindesbetriebs oder des Spekulationsgewinnes? Die Wähler werden die Antwort zu finden wissen. Also lange machen gilt nicht. Man könnte dann das schon wieder ganz vergessene Blodkompromiß vom März 1910 wieder zum Leben erwecken und es dem Liberalismus präsentieren, auch dem Bundesrat. Die sofortige Wiedereinbringung der Reichserbschaftsteuer durch den Bundesrat würde nicht nur eine feierliche Kriegserklärung an die Reichstagsmehrheit bedeuten, sondern auch direkt dem bisher entwandelten Regierungskabinett der Sammlung der positiven Elemente widerstreben. Der Kaiser sprach in Marienburg ausdrücklich von dieser Sammlung; der Reichskanzler bemühte sich seit einem Jahre, die Nationalliberalen zur alten Zolltarifmehrheit zurückzuführen und bat dieser Partei zuliebe die so gut wie gesicherte Wahlrechtsreform zum Scheitern gebracht. Da konnte allerdings mancher kalkulieren, daß die gleichzeitige Einbringung der Militärvorlage und der Erbschaftsteuer ein neues Mostalk sei, das die Nationalliberalen in das Regierungssieger ziehen müsse. Es soll auch gar nicht bestritten werden, daß um diesen Preis die stärksten Liberalen aus der Hand essen würden wie zarte Lämmer. Aber die Rechnung hat eine Gegenseite, die viel schwimmer ist. Die Reibung der Reichserbschaftsteuer müßte wie eine Explosion unter den bürgerlichen Parteien wirken, Rechte und Zentrum müßten sie als stärkste Propaganda auffassen; ob die Freisinnigen um dieses Gerichtes willen wieder einfließen, ist sehr zweifelhaft, und auf die Sozialdemokratie kann man sich doch nicht stützen, wenn die Wahlen für eine Militärvorlage bestimmt werden sollen! Schließlich würde die Regierung mit den Nationalliberalen zusammen anstimmen müssen: "Ich bin allein auf weißer Flur."

**Ein Zwiespalt ist in der bayerischen Sozialdemokratie ausgebrochen.** Die Nürnberger Sozialdemokraten haben in einer Versammlung mit 540 gegen 7 Stimmen die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf das allerentscheidende verurteilt. Abgeordneter Dr. Süßheim bezeichnete das Vorgehen der Badenfer als Disziplinbruch, dessen Folgen die Badenfer hätten voraussehen müssen. Wenn man Parteibeschlüssen trocken könne, dann habe man keine einheitliche Partei mehr. Dass die Münchner Parteileitung in Nürnberg eine Schläfe erlitten hat, ist zweifellos. Auch in der Landtagsfraktion sind die Meinungen in der Frage der Budgetbewilligung geteilt. Das ist zwar nicht neu, aber die Nürnberger Versammlung hat wieder davon erinnert. — Die Württembergische sozialdemokratische Landtagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, an den Parteitag das Erstehen zu richten, diese Nürnberger Resolution in dem Sinne zu ändern, daß den Landtagsfraktionen die Zustimmung zum Budget in zweiten Fällen erweitert werde. Wie bekannt, hat die Stuttgarter Parteorganisation sowie eine große Anzahl Vereine im Lande die Zustimmung der badischen Fraktion zum Budget und den Disziplinbruch verurteilt. Die überwiegende Mehrheit der Stuttgarter Parteiversammlung befandt in aller Schärfe, daß für sie die Budgetfrage eine prinzipielle sei, und sie nach wie vor auf dem Boden der Nürnberger Resolution stehe. In einer Bezirkerversammlung in Stuttgart am Dienstag wurde der Beschluss der Landtagsfraktion bekannt, und verurteilte starke Erregung. Schars kritisierte wurde nach dem "Vorwärts", daß die Abgeordneten Stuttgarts ohne Wissen der Parteigenossen den Parteitag in einem Sinne zu beeinflussen suchen, der dem Beschlüsse der Organisation direkt widerspricht. Während die badischen Genossen sich auf den Willen ihrer Organisations berufen, verlangen die württembergischen Parlamentarier vom Parteitag die Freiheit, eventuell gegen die ausgesprochene Willensmeinung ihrer Mandatgeber handeln zu können. Eine Resolution wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen, in der das Vorgehen der Fraktion entschieden verurteilt wird. Niemand wolle den Abgeordneten als Parteigenossen das selbstverständliche Recht bestreiten, ihre

Ansicht zu propagieren und zu versuchen, diese zum Ausdruck zu bringen. Aber dagegen müsse entschieden Einspruch erhoben werden, daß sie ohne Wissen der Parteigenossen ihr Mandat benützen, um ihre Ansicht zum Siege zu verhelfen gegen die ausgesprochene Willensmeinung ihrer Mandatgeber. Mit der Verständigung vor dem Magdeburger Parteitag ist es also nichts.

### Dänemark.

**Zum Andenken an Kopenhagen.** Um den Genossen, die nicht zum "Kongreß" nach Kopenhagen fahren konnten und bloß zählen durften, damit andere sich umso besser den Aufenthalt machen, ein Andenken zu geben, wird eine Extrazahlung des "Wahren Jakob" erscheinen. Nach den Ankündigungen, die in den meisten Sozialblättern enthalten waren, wird die Extrazahlung in einer Fülle von Bildern den Verlauf des Kongresses und der damit verbundenen Feierlichkeiten dem Leser vor Augen führen. Man kann also die "Komödie" bildlich dargestellt sehen. Hoffentlich kommen auch die verschiedenen Geborenen und die "Festessen" zur Wiedergabe und so auch zur Kenntnis der zahlenden Genossen. Ob da der "Wahre Jakob" nicht auf das Wort "wahr" vergessen wird?

### England.

**Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1909.** Nach einer amtlichen Aufstellung betrug die Zahl der beim englischen Handelsamt angemeldeten Gewerkschaftsvereine 1153 mit einer Gesamtmitgliederzahl von 2 347 461, einschließlich 21 112 Mitglieder in den Kolonien und im Auslande. Über 100 000 Mitglieder zählten folgende Vereine: Bergarbeiter 721 041, Metall-, Maschinen- und Schiffbauarbeiter 357 112, Textilarbeiter 364 832, Bauarbeiter 163 027, Eisenbahner 112 130. Die Höhe der Gesamtmitgliederzahl hat sich bis 1905 knapp unter 2 Millionen gehalten. Von der Gesamtzahl der Mitglieder waren 27 518 Frauen, meist Textilarbeiterinnen.

### Frankreich.

**Der frühere französische Marineminister Lanessan** hat in Brest eine Rede gehalten, in der er vorschlug, die ganze französische Flotte in der Nordsee zu vereinen, da das schnelle Wahnen der deutschen Flotte dort Frankreich fast schutzlos mache, während im Mittelmeer keine Gefahr drohe. Die Rede hat ziemlich starkes Aufsehen gemacht, da sie mit scharfen Ausfällen gegen Deutschland gewürzt war. Der "Tempo" lehnt aber den Vorschlag Lanessans ab, da im Mittelmeer Italien und Österreich sich zwar etwas langsammer, aber doch energisch genug zur See rüsten, und man keineswegs sicher sei, daß diese Flotten nur zu einem Kampf im Adriatischen Meer gebaut werden. Auch England verstärkt sein Mittelmeergeschwader und dasselbe müsse Frankreich tun. Von den deutschen Blättern weist namentlich das "Berl. Tagebl." Lanessan scharf zurück und wirft ihm vor, er befürge die Geschäfte der Panzerplattenfabrikanten, denen natürlich nichts lieber ist als das Gespenst eines französisch-englischen Bündnisses zur See.

### Portugal.

**Die religiösen Kongregationen in Portugal.** In letzter Zeit wurde in der Presse vielfach die Nachricht verbreitet, die portugiesische Regierung plane Gesetze gegen die überhandnehmenden religiösen Kongregationen. Ohne des Weiteren auf das Wahre oder Falsche dieser Nachricht einzugehen, ist es notwendig, festzustellen, daß die Frage der religiösen Kongregationen in Portugal grundverschieden ist von der in anderen Ländern, z. B. Spanien. In Portugal sind die religiösen Kongregationen seit 1834 aufgehoben und haben seitdem keine gesetzliche Existenzberechtigung. Die Ordensleute, die jetzt in Portugal leben, sind von der Regierung als solche nicht anerkannt und ihr Eigentum ist in den Händen von Privatleuten. Nur die Missionäre vom hl. Geist haben eine gesetzlich anerkannte Existenzberechtigung, aber nicht als Ordensleute, sondern als Missionäre von Angola und Kongo, und als solche stehen sie direkt unter königlichem Patronat. Es kann somit in Portugal höchstens von einer Ausbreitung der Ordensleute die Rede sein, nicht aber von einer förmlichen Ordensfrage, wie sie z. B. in Spanien gegenwärtig auf der Tagesordnung steht.

### Aus Stadt und Land.

Dresden, den 18 September 1910.

\* **Gewehr bei Fuß.** Zu dieser Notiz in der "Nationalliberalen Korrespondenz" über die öffentliche deutsch-soziale Versammlung in Meißen vom 11. September wird uns von einem Teilnehmer an dieser Versammlung geschrieben:

Der Abgeordnete Lattmann verbreitete sich in der Diskussion über den Kampf nach rechts, den die Nationalliberalen in der letzten Zeit so besonders in den Vordergrund gestellt hätten. Wie weit man in dieser Beziehung gegangen sei, zeigten einige Beispiele aus den letzten Reichstagswahlen. So hätten die Nationalliberalen in Mainz ein Wahlbündnis mit den Sozialdemokraten geschlossen, unter der Bedingung, daß die Sozialdemokraten in Bielefeld die Nationalliberalen eintreten. Dasselbe sei in Köln der Fall gewesen. Auch das Wahlbündnis der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten in anderen Wahlkreisen, besonders in Baden führte der Redner als Beispiel an und knüpfte daran die Wohnung an die Nationalliberalen, diese Taktik zu ändern, da man von den rechts stehenden Parteien billigerweise bei der Wiederholung solcher Bündnisse nicht verlangen kann, bei den Stichwahlen unbedingt den Nationalliberalen zu unterstützen. Die rechts stehenden Parteien würden, wenn hier keine Änderung eintrete, künftig gewinnen, bei den Stichwahlen Gewehr bei Fuß zu stehen. Angeföhrt solcher durch die Tatsachen beweisener Wahlbündnisse der Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten mutet die Erklärung der "Nationalliberalen Korrespondenz" sehr sonderbar an, die Nationalliberalen würden Mann für Mann für den bürgerlichen Kandidaten eintreten. Leider hat Herr Dr. Brück, der von der Redefreiheit weitestgehend Gebrauch macht — er erhielt in der Diskussion dreimal das Wort — trotz der Bitte des Versammlungsleiters, auch das Schlusswort anzuhören, das nicht getan, sondern den Saal verlassen, als der deutsch-soziale Generalsekretär Henning den unrichtige Auffassung des Dr. Brück über die Worte des Abgeordneten Lattmann berichtigte.

\* Wetterprognose bei Königlich Sächsischen Wetterwarte zu Dresden für den 17. September: Rödliche Blätter, meist heiter, warm, trocken.

\* Prinz Waldemar von Preußen traf gestern vormittag zum Besuch bei seinem früheren Erzieher, dem Prof. Balra, auf dem Weißen Hirsch ein.

\* Englische Missionen am sächsischen Hofe. Die jüngste Anwohnenheit der englischen Sondergesandtschaft in Dresden unter der Führung des Lord Roberts erinnert auch an die englischen Missionen, die in früheren Jahren in Dresden weilten und in feierlicher Weise im Residenzschloß empfangen wurden. Besonders bestehen zwischen dem sächsischen und dem englischen Königs-Hause sehr herliche Beziehungen, die selbstverständlich auch noch in dem nahen verwandschaftlichen Verhältnis zwischen den beiden Fürstenhäusern begründet sind. Bereits vor 28 Jahren und zwar am 7. Februar 1882 traf eine außerordentliche Mission der Königin Viktoria von England unter der Führung des Earl of Fife in Dresden ein, um dem König Albert die Insignien des englischen Hosenbands ordens zu überreichen. Eine zweite englische Sondergesandtschaft unter der Führung des Herzogs von Abergorn überreichte am 13. April 1901 mittags 1 Uhr dem König Albert in den Gemächern der Reithalle des Residenzschlosses die Notifikation über das Ableben der Königin Viktoria von England und die Thronbesteigung des Königs Eduard VII.

\* Das neue Reichsstellenvermietungsgesetz tritt am 1. Oktober in Kraft. Wir machen demgemäß darauf aufmerksam, daß derjenige, der das Gewerbe eines Stellenvermittlers betreiben oder fortführen will, hierzu einer Erlaubnis der zuständigen Behörde bedarf. Wir machen ferner darauf aufmerksam, daß bestraft wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Haft derjenige, der den Gewerbebetrieb eines Stellenvermittlers ohne die gesetzlich vorgeschriebene Erlaubnis unternimmt oder fortsetzt, daß die gleiche Strafe denselben trifft, der seine Tätigkeit zu Ausprägungen für eigene oder fremde Gewerbebetriebe benutzt oder den Stellensuchenden verpflichtet oder anhält, aus seinem oder einem von ihm bezeichneten Gewerbebetrieb oder Handelsgeschäfte Waren zu entnehmen, der die amtlich festgesetzte Vermittlungsgebühr überschreitet oder sich außer den taxmäßigen Gebühren Vergütungen anderer Art von dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber gewähren oder versprechen läßt, der es unternimmt, einen Arbeitnehmer zum Bruch eines eingegangenen Arbeitsvertrages zu verleiten.

\* Ein neues Quartal nimmt in den nächsten Tagen seinen Anfang. Da wird wieder gar mancher Hauswirt, gar mancher Mieter zur Kündigung des Mietverhältnisses schreiten. Da immer noch bei gar manchen Unklarheit herrscht, wann zu kündigen ist, geben wir hiermit bekannt, daß, wenn im Kontrakt nichts anderes vereinbart ist, gemäß den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches die Kündigung, sofern vierteljährliche Mietzahlung vereinbart ist, spätestens am dritten Werktag des Vierteljahres zu erfolgen hat. Ist der Mietzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluss eines Kalendermonats zulässig, sie hat spätestens am 15. des Monats zu erfolgen. Ist der Mietzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluss einer Kalenderwoche zulässig, sie hat spätestens am ersten Werktag der Woche zu erfolgen.

S. E. K. Die Kinderarbeit ist weit mehr verbreitet, als angenommen wird; zumal in größeren Städten werden Kinder zum Betteln oder Häussern ausgeschickt. Viele Eltern sind sich gar nicht bewußt, was sie damit tun, in welche Gefahren, vor allem fiktiver Art, ihre Kinder dabei kommen. Das Erfgefühl wird abgestumpft, Arbeitsknecht großgezogen, der Lüge und dem Betrug die Bohn bereitet. Aus kleinen Bettlern werden meist große Diebe. Manche Kinder betteln auch ohne Wissen der Eltern, verbrauchen das Geld, vertun es in Kinos, kaufen sich Schundliteratur, und treiben das oft eine lange Zeit, ohne daß die durch die Arbeit ums tägliche Brot dem Hause ferngehaltenen Eltern etwas davon merken. Um diesem Unfuge zu steuern, gilt es, die Allgemeinheit zu interessieren, das Augenmerk der Freunde unserer Jugend darauf zu lenken. In Dresden hat die Zentrale für Jugendfürsorge, Marienstraße 22, 1. Etage, auf diese wichtige Sache aufmerksam gemacht. Durch wiederholte Artikel in den Tageszeitungen hat sie aufgefordert, die bettelnden oder handelnden Kinder anzuhalten, Namen, Adresse und Schule festzustellen, um alsdann selbst die Eltern der Kinder aufzufinden oder die Unterlagen der Geschäftsstelle der Zentrale zu übergeben, die dann ihrerseits das weitere in die Hand nimmt. In manchen Fällen wirklicher Not kommt alsdann durch die dafür in Betracht kommenden Hilfsquellen der Familie geholfen und wertvoller Rat zur Beauftragung der Kinder erzielt werden. Zuweilen stellt sich auch heraus, daß die Kinder falsche Angaben gemacht hatten, ein Zeichen, wie tief sie bereits gefunken sind und wie energisch hier eingegriffen werden muß. Möchte allerorten in solcher Weise vorgegangen und vor allem Kindern nichts gegeben werden außer Speise und Trank, die sie an Ort und Stelle zu sich nehmen. Wer ein Kind bewahrt, bewahrt ein Geschlecht.

\* Der Brauereistreik im Plauenschen Lagerfelder. Von der Bezirksleitung des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins erhalten wir folgende Zuschrift: "Heute geht durch die gesamte Presse, zum Teil unter der Überschrift „Sozialdemokratischer Terrorismus“ eine Notiz, welche zur Erfüllung insofern geeignet ist, als es — in der sozialdemokratischen Presse — heißt: Die Brauerei hat zwar die Tarifbedingungen anerkannt, weigert sich aber, die Streitenden einzustellen. Sie möchte gern nur mit gelben Arbeitswilligen arbeiten. Ebenso ist es falsch, wenn — in den bürgerlichen Blättern gesagt wird: Die Brauerei arbeite bisher mit unorganisierten Leuten. Tatsache ist vielmehr, daß sich die Brauerei bereit erklärt hat, die Streitenden noch Bedarf und Wahl wieder einzustellen und Tatsache ist ferner, daß nicht ein einziger „Gelber“ dort beschäftigt ist. Soweit nicht unorganisierte (vornehmlich Hilfsarbeiter und Autodächer) in Frage kommen, arbeiten im Betriebe nur Mitglieder des Brauereivereins, welche den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen angehören und jederzeit energisch für die Arbeiterinteressen eingetreten sind. Tatsache ist ferner, daß es jetzt klar zutage tritt, daß der ganze Streik nur einzig

und allein zu dem Zweck in Szene gesetzt wurde, um die verbotenen Hirsch-Dunderschen außer Brot und Lohn zu bringen. Das ergibt sich daraus, daß derselbe Brauereiarbeiterverband, welcher um so minimale Differenzen im Plauenschen Lagerfelder den Streik erklärte, mit anderen ringfreien Brauereien des Dresdner Bezirkes — unter Ausschluß der Hirsch-Dunderschen — bedeutend ungünstigere Tarife abgeschlossen hat, als der Lagerfelder zu gestanden hatte. Das Verlangen des Brauereiarbeiterverbandes, alle auf nationalem Boden stehenden Arbeiter durch Tarifverträge broß zu machen, müßte den lebhaftesten Protest aller rechtlichen Denkenden auslösen."

\* Gestern stöhlt im Ostragehege die Leiche eines jungen Mädchens, einer Fabrikarbeiterin, angeschwemmt worden, die an den Händen gefesselt war. Die Möglichkeit eines Verbrechens ist nicht ausgeschlossen.

Burkersdorf bei Burgstädt, 15. Sept. Der Mörder der Göllerischen Eheleute, der 19jährige Barbiergehilfe Karl Gründig, hat die Tat eingestanden. Das dabei benutzte Messer hatte er im Felde versteckt. Die Entdeckung des Mörders erfolgte durch einen Arbeiter, der ihn am Tage der Tat und am Tage vorher in der Saftmühle beobachtet hatte. Bei dem Mörder, der etwa 100 Mark geraubt hatte, hat man noch 50 Mark vorgefunden. Das übrige Geld hatte er zur Beschaffung von Wäsche für sein uneheliches neugeborenes Kind verwendet.

Chemnitz, 15. September. Im Mandelvergelande stürzte auf der Landstraße zwischen Auerbach und Jahnbach, wie die Chemn. R. R. melden, ein Chemnitzer Kaiser-Ulan vom Pferde und zog sich dadurch eine so schwere Rückenverletzung zu, daß er auf der Stelle tot war.

Königsbrück, 15. September. Auf dem hiesigen Truppen-Liegungsplatz fand gestern nachmittag die Entstaltung des Denkmals statt, den das Infanterie-Regiment Nr. 177 seinen bei der Olischlag-Katastrophe vom 7. Juni d. J. getöteten Kameraden gestiftet hat. Das Regiment, das während des Mannövers im hiesigen Lager einquartiert ist, war mit den Offizieren vollständig zur Stelle. Der Regimentskommandeur hielt eine Ansprache, nach der die Hölle des Denkmals fiel. Aus Anlaß der Feier war auf den Gräbern der drei toten Soldaten, die sich in Königsbrück befanden, Grabmäuse niedergelegt worden.

Oschätz, 15. September. In einem Anfälle von Geistesstörung versuchte sich ein Wühlenbesitzer in Kleinstadt, der mit seinem Sohn aufs Feld gegangen war, mit der Sense die Kehle zu durchschneiden. Der Sohn konnte zwar die Ausführung dieses Vorhabens verhindern, doch hatte sich sein Vater bereits so schwere Verlehrungen beigebracht, daß man ihn ins Krankenhaus zu Riesa schaffen mußte.

Pirna, 15. September. In der Nacht zum Mittwoch brach in der Maschinenfabrik von Aug. Herberg, hier, ein Schadensfeuer aus, wodurch ein großer Teil des Dachstuhls, sowie eine Anzahl Holzmodelle usw. vernichtet wurden.

Plauen, 15. September. Die dem Fleischermeister Kurfürst gehörende Fleischerna an der Reichsbach-Thaussee wurde ein Raub der Flammen. Es sind für etwa 1000 Mark Verluste mit verbraucht.

Plauen, 15. September. Der Polizei ist es gelungen, auch den zweiten bei dem verwegenen Einbruch in der Leichgasse Beteiligten festzunehmen. Die beiden Einbrecher, beiden Ruffianen und Viejos, zwei "schwere" Burschen, die erst kürzlich das Buchhaus verlassen haben.

Türpersdorf i. B., 15. Sept. Der 18 Jahre alte Blümermann Tiepner ist auf der Straße zwischen Gaußdorf und Vogtberg schwer verunglücht. Man fand ihn bestimmtlos in einer Blaulache neben seinem Fahrrad liegen und veranlaßte seine Unterbringung im Döbelner Krankenhaus.

Halle, 15. September. Der 70jährige Invalidus Pertus überließ gestern seine Frau und versuchte sie zu ersticken. Pertus hatte die Frau vor 1½ Jahren geheiratet, weil er hoffte, von ihren Einnahmen leben und ganz dem Mühlengange sich hingeben zu können. Damit war aber die Frau nicht einverstanden, und sie trennte sich vor einigen Wochen von ihrem Gatten. Gestern nun lauerte Pertus seiner Frau vor ihrer Wohnung auf und versuchte sie, als sie die Tür öffnete, durch Messerstiche zu töten. Der Überfallen gelang es jedoch, nachdem sie mehrere indes nicht lebensgefährliche Wunden erlitten hatte, sich zu Nachbarn zu flüchten. Darauf schnitt sich der Wütende die Kehle durch. Man brachte ihn schwerverletzt in die Klinik, wo er mit dem Tode ringt. Seine Frau wurde gleichfalls in die Klinik aufgenommen.

Schmölln, 15. September. Die hiesigen Knopfarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Verlangt wird 57 Stunden Arbeitszeit, 15—20% Erhöhung des Lohnes und 25% Zusatzlager für Überstunden. Die Unternehmer sollen sich innerhalb 14 Tage erklären.

### Gemeinde- und Vereinsnachrichten.

Dresden. Der Katholische Schulvorstand besteht nach den Wahlen aus den Herren Dr. Eibes, Rechtsanwalt, Vorsitzender; Fischer, Prälatensrat, Superior, Kanonikus, Pfarrer,stellvert. Vorsitzender; Dr. Heiduschka, Konsistorial- und Amtsgerichtsrat, 1. Schriftführer; Dr. Hoffmann, Rechtsanwalt, 2. Schriftführer; Adamek, Lehrer; Anderlik, Klempnermeister; Dr. med. Behrens, Hofrat; Bergmann, Schuldirektor; Cüppers, Fabrikant; Junge, Sekretär; Kahlemeyer, Schuldirektor; Lödmann, Baumeister; Matthes, Arbeitersekretär; Dr. med. Strohach, Spezialarzt, und Weber, Bezirksschuldirektor. Die Geschäftsstelle und die Poste befinden sich Albertplatz 2, Erdgeschoss, im rechten Flügel des Pfarrgrundstückes.

Stettendorf. Kommenden Sonntag den 18. September findet in Stettendorf bei Reichenberg die feierliche Einweihung der katholischen Kirche statt, welche zu Ehren des hl. Antonius erbaut worden ist.

### Neues vom Tage.

Hamburg, 15. September. In der Bartholomäusstraße in Barmbek stürzte heute nachmittag ein Neubau ein, der zahlreiche Arbeiter mit sich in die Tiefe riß. Fünf Arbeiter wurden schwer, drei leicht verletzt. Die Ursache des Einsturzes soll im Nachgeben eines Ständers zu suchen sein.

Hamburg, 15. September. Ein seit längerer Zeit gesuchter Falschmünzer, der 89-jährige Händler Simmerlund, ist heute hier verhaftet worden. Zahlreiche falsche Goldmarkstücke wurden bei ihm vorgefunden.

Halle a. S., 15. September. Für eine Johannes Konrad-Stiftung haben Schüler und Freunde dem bekannten Nationalökonomen Geheimen Rat Professor Konrad zu seinem 70. Geburtstage 15 660 Mark überreicht. Die landesherrliche Genehmigung zur Annahme ist eingegangen. Die Zinsen sind für wissenschaftliche Reisen hallescher Nationalökonomen bestimmt.

Bremen, 15. September. Der Gärtner Diedrich aus Wahlstadt, der heute wegen Diebstahl zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, erschöpft zu Hause angelangt, seinen Bruder Bernhard, der als Zeuge gegen ihn ausgesagt hatte, und dann sich selbst.

Gräfenhain (Sachsen-Weiningen), 15. September. Im benachbarten Schniedersfeld brannten infolge eines Blitzschlags fünf Wohnhäuser und zwei Scheunen ab.

Charlevoix, 15. September. Die in Bau begriffene Ausstellungshalle ist gestern nachmittag zusammengebrochen. Ein Arbeiter wurde von den einstürzenden Trümmern erschlagen, drei Arbeiter wurden verletzt.

Almeria, 15. September. An Bord des von Alexandria eingetroffenen Dampfers „Antoine“ ereigneten sich 14 verdächtige Krankheitsfälle.

### Telegramme.

Frankfurt a. d. O., 15. September. Nach vorläufiger amtlicher Feststellung erhielten bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Frankfurt a. d. O.-Lebus Schuhmachermeister Faber (Soz.) 14 316, Sch. Kommerzienrat Winter-Magdeburg (nat.-lib.) 7757 und Arbeitersekretär Dunkel-Berlin (cons.) 6095 Stimmen.

Prag, 15. September. Nachdem auch die Tschechisch-radikalen die Entsendung von Vertretern zu den Verständigungskonferenzen in der nächsten Woche beschlossen haben, ist die Teilnahme aller deutschen und tschechischen Parteien an diesen Konferenzen gesichert.

Wien, 15. September. Die Generaldirektion der Südbahn stellt fest, daß die Reisezeit heute nur in geringem Maße fühlbar war und daß nur ein Teil des Personals sich ihr angeschlossen hat. In Triest haben sämtliche Bedienstete ihren Dienst wie bisher versehen.

Wien, 15. September. Der Unterrichtsminister richtete an Professor Hering in Leipzig anlässlich seines goldenen Doktorjubiläums ein Telegramm, das besagt, die österreichische Unterrichtsverwaltung gedenke der großen Verdienste, die sich Hering um das medizinische Studium erworben habe. Der Minister drückte weiter seine besten Wünsche für ein weiteres gebührendes Wirken Hering's aus.

Budapest, 15. September. Seit gestern sind im Choleragebiete 6 verdächtige Erkrankungen vorgekommen, davon 3 in Mohacs und eine auf einem aus Komotau hier eingetroffenen Schleppschiff.

Paris, 15. September. Nach einer Meldung aus Brüssel hat sich an der belgisch-französischen Grenze bei Quievrax das Erdreich in einer Ausdehnung von sechs Hektaren um sechs Meter gesenkt. Infolgedessen stürzte der Damm des von Mons nach Condé führenden Kanals ein.

Choisy-le-Roy, 16. September. Hier wurde etwa ein Dutzend Gasarbeiter von ungefähr 200 Ausländern überfallen und verprügelt. Ein Polizeiunteroffizier, der mit 20 Schergen herbeilstieß, wurde von den Ausländern arg mishandelt. Die Ruhesetzer vernichteten sämtliche Werke. Erst als Gendarmerie heranrückte, flüchteten die Ausländer.

London, 16. September. Der Finanzminister Lloyd George hielt gestern eine Rede, in der er die Lage der deutschen Lehrer mit der der englischen Lehrer verglich. Deutschland habe die Frage der Lehrerbefriedung gelöst. Eine Nation, die die Bedeutung des Lehrers im Leben des Volkes erkennt, sei wert, in ihren besten Leistungen nachzuh掬en zu werden.

London, 15. September. Gegen Lieutenant Helm, der beschuldigt wird, sich auf gefährliche Weise Auskünfte über ein englisches Fort verschafft zu haben, wurde heute das Gericht vor dem Polizeigerichtshofe in Dartford begonnen. Bei Eröffnung der Verhandlung erklärte der Vertreter der Anklage, obwohl es sich tatsächlich um das Verbrechen des Verrates handle, solle doch nicht gesagt sein, daß Helm die Stützen aufgenommen habe, um sie einer Macht zu verhoffen, zu der England in freundlichster Beziehung steht. Dann wurde die Verhandlung bis Dienstag verlängert.

Johannesburg, 16. September. Bei den Wahlen zum südafrikanischen Parlament sind im ganzen Lande nach den bisherigen Feststellungen 34 Nationalisten, 33 Unionisten, 2 Mitglieder der Arbeiterpartei und 6 Unabhängige einschließlich der ohne Opposition gewählten Kandidaten gewählt worden. In Krügersdorp unterlag der unionistische Minenbesitzer Abraham Bailey gegenüber dem Nationalisten Langerman. Auch der Premierminister Botha unterlag.

### Theater und Musik.

Dresden. Schauspielhaus. „Der verlorene Vater“ (Man kann nie wissen), Komödie in vier Akten von Bernard Shaw. Bei der gestern abend erfolgten Eröffnung wurde das Stück mit gemischten Empfindungen aufgenommen. Der Inhalt desselben ist in einigen Sätzen erzählt. Eine Mutter kommt mit zwei halbwachsenen Kindern und einer erwachsenen Tochter nach Jahrzehntelanger Abwesenheit von einer weitfernen Insel zurück nach einem englischen Seebade. Mutter und Tochter haben sich irgendwo von den altrömischem Anschauungen in England über Liebe und Fraueneinstellung vollkommen emanzipiert und belehren die Welt darüber durch Bücher. Vor 18 Jahren hatte der Gatte und Vater die „unverstandene“ Frau verlassen. Der „verlorene Vater“ wird im Seebade als reicher angesehener Sonderling wiederentdeckt. Über die grundverschiedenen Ansichten sind scheinbar unüberbrückbare Hindernisse zur Verständigung. Ein Arzt versteht die emanzipierten Anschauungen der Tochter Gloria mit modernen Waffen zur Kapitulation vor der Liebe zu zwingen trotz der Mutter, die alle Freiheit



**Bauernmöbel und Heimatspflege.**

Wie die rührigen Bestrebungen der Heimatspflege etwa seit einem Jahrzehnte die Verunstaltung der Städte, besonders aber auch des platten Landes durch hässliche und sinnwidrige, dem Orts- und Volkscharakter nicht entsprechende Bauweise entgegenarbeiten, so wird neuerdings mehr und mehr der berechtigte Ruf laut, die gute alte absterbende Bauernkunst, wie sie sich im ererbten Hausrat des Landmannes zeigt, zu erhalten und zu fördern.

Was ist es aber denn, was die alten Bauernmöbel so wertvoll macht, doch nicht nur die Privaten, sondern auch die Museen, die nebenbei auch manche Schuld an der Verunstaltung des deutschen Bauernhauses tragen, nicht Würde und Kosten scheuen, seiner habhaft zu werden? Nun, das ist die dem Möbel anhaftende unänderbare Eigenart, die das Verusleben des Bauern, sein Fühlen und Denken seit Jahrhunderten widerspiegelt, die uns die Vergangenheit lebend in der Gegenwart zeigt. Die Bauernstühle auf den Bildern der altholländischen Meister zeigen schon genau dieselbe Art wie heute; dasselbe aus verstreuten Hundsbözern gesägte Eichen- oder Eichengestell, den Binsensitz, die durch vierfache Brüstung gebildete Rücklehne und die gebrechlichen Beine. Und schon ehe die Kanonen der Santa Maria die neue Welt anriesen, setzte der Bauer den müden Fuß auf die Fußsohle des feilbeschlagenen Eichenholzes, barg er seine Habe in eisenbeschlagener, geschmiedeter Truhe, wärme er seinen durchfrorenen Körper an den grünen Hohlfacheln seines Ofens und verträumte er sein hartes Los in breitem Himmelbett!

Und welche Erinnerungen knüpfen sich nicht vielfach an die einzelnen Möbelstücke, die Jahrhunderte überlebt haben. Sie haben die Ahnen entstehen und sterben, sie waren Zeuge ihrer Leiden und Freuden. Sie hören vielleicht noch den schwedischen Trommelschlag, und sie haben vielleicht noch die französischen Adler, die Hunderttausende in den Tod führten. Das mit beingedrechelten Knöpfen und Silberreinlagen verzierte Spindrad spann vor hundert Jahren das Leinen, das dort in der mit Komenzug und Zahreszahl versehenen buntbemalten Brautkleid aufgestopft liegt und wohl noch den Kindeskindern Bett und Bahnbund liefern wird. Noch steht neben dem hochgelüfteten Bett die alte Blumen, Herzen und den unheilbannenden C. M. B. (C. vor, Melior, Balthasar) geschnülzte Wiege, von der aus schon die längst Begrabenen zuerst die vier Wände beschrieben, und noch zählt die gebraunte Stoffenuhr, die vielleicht im Innern eine alte Waffe birgt, deren Herkunft zur Sage ward, den nachgeborenen Geschlechtern sekundenweise die Lebensdauer vor, wie schon so lange.

Aber das Bauernmöbel hätte die Stürme der Zeit nicht überdauern können, wenn es nicht aus echtem, fernfestem Stoffe in bester Arbeit verfertigt worden wäre. Das ist gebaut wie für die Ewigkeit, und zwar stofflich bis ins einzelne. Eichen-, Buchen-, Eichen- und Birnbaumholz liefern das Material, und der ohne Kleistermappe nach eigenem Erkennen und Empfinden schaffende Dorfschmied, der geschickte Dorfschmied und der farbenfrohe, die satte Grelle bevorzugende Anstreicher und Maler zugleich besorgten das übrige. Jeder gab sein Bestes, sein Ich, während heute die Maschine jedem Stiel das Siegel der Geistlosigkeit aufdrückt. So fandt das alte Möbel Leben und Sprache bekommen. Bald redet es von tiefer Frömmigkeit, bald lächelt aus seinem geschwungenen Bildwerk der harmlose Wit oder höhnt der grimmige Spott, bald erzählt es uns von der Schönheit der Natur und des landwirtschaftlichen Berufes, bald von Pest, Hunger und Krieg.

Das alles soll und darf nicht für immer vergessen werden und untergehen, denn an seinem Fortbestande hängt mehr als der Reiz der Eigenart und Seltenheit, es hängt auch an ihm die fröhliche, derbe Mannhaftigkeit des deutschen Bauern.

Hier hat die Heimatspflege ein weites Feld der Betätigung vor sich. Einmal muß sie durch Vorträge über bäuerliche Kunst das Interesse der Landbevölkerung für das gute Alte neu beleben, auf die Schönheiten des überkommenen Hausrates hinzuweisen und damit von leichtsinniger Veräußerung desselben augenstark moderner Dutzendware abhalten, dann aber soll sie das bäuerliche Handwerk erhalten und fördern.

Ein gutes Hilfsmittel zur Erreichung aller dieser Ziele kann auch das Dorfmuseum sein, eine Sammlung praktischer, gediegener und schöner Möbel, Geräte, Geschirre, Schnapsächen, kurz Gegenstände aller Art, die den Stempel der Bodenständigkeit tragen und unbilligerweise der Vergessenheit anheimzufallen drohen.

Was insbesondere das teilweise schon ganz in den Bann der unholzigen „Moderne“ geratene Dorfhandwerk betrifft, so ist es im Wege der Befahrung über seine eigent-

lichen Zwecke aufzuklären und durch entsprechenden Beichunterricht, sowie durch die Einführung in die Ästhetik und in die Geheimnisse der neuen Technik wieder auf eine höheren Stufe zu bringen. Diese Aufgaben sind von den kunstgewerblichen Fachschulen, deren wie gegen 70 bestehen, in unglaublicher Weise wie bisher zu übernehmen und zu lösen. Die meisten dieser Anstalten stehen leider von einer Berücksichtigung der ländlichen Eigenart überhaupt ab; eine läbliche Ausnahme bilden hier die Schnit- und Webeschulen in Mönchburg und Scherbeck.

Neben den Fachschulen hat der von Gewerbeschulen oder durch fachkundige Künstler veranstaltete und geleitete Wandkursus zu treten, der auch durch Ausstellung von Mustergegenständen die Geschäftsausbildung des Dorfhandwerkes in gewoller Weise beeinflussen und zur selbständigen Weiterentwicklung anregen würde. Überhaupt müßte bei großen städtischen Ausstellungen der Bauernkunst, etwa durch Einräumung einer besonderen Abteilung, systematisch mehr Beachtung und Pflege entgegengebracht werden. Wie aus den wenigen bisher gemachten Versuchen deutlich ersichtlich, wird dadurch das Allgemeininteresse der gebildeten und leitenden Kreise gewaltig gefördert. Der Zug unserer Zeit streift glücklicherweise im ganzen nach Zweckmäßigkeit und natürlicher Eleganz, wie aus allen gewerblichen Schöpfungen der Neuzeit abzusehen ist, und die alte, fast in Vergessenheit geratene Bauernkunst ist nicht zuletzt geeignet, zu diesen gefundenen Zielen den Weg zu weisen.

Doch zur Errichtung der genannten Maßnahmen die ideelle und materielle Unterstützung aller Gebildeten und Bewussten, sowie Bemittler unbedingt erforderlich ist, bedarf kaum des Hinweises. Zur ersten Linie müßten es sich auch die Kreise angelegen sein lassen, durch Vergabe von Studien Geldern ihren Dorfhandwerkern den Besuch der Fach- und Gewerbeschulen nach Kräften zu ermöglichen und ihnen auch die Wege zu den übrigen Bildungsgelegenheiten dieser Art freizugeben. In einigen wenigen Fällen ist man in diesem Sinne bereits vorgegangen und es steht zu hoffen, daß man bald in allgemeinerer Form diesen Beispiel zum Vorbild der Heimatspflege auf dem Lande folgen wird.

**Politische Rundschau.**

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt!)

**Deutsche und französische Wehrkraft.** Die „Gamb. Nache“ unterziehen die deutsche und die französische Wehrkraft einem Vergleich. Sie stellen zunächst nochmals fest, daß die Bevölkerung Frankreichs infolge der geringen Geburtenzahl ständig zurückgeht und zeigen dann die Unverlässlichkeit des militärischen Molochs:

„Damit vermindert sich aber auch jedes Jahr die Zahl der wehrfähigen Leute. Der Rückgang des Recruitentingentes ist eine Slogane, die schon seit vielen Jahren erhoben wird, denn damit muß notwendigerweise eine Verminderung des Heeres verbunden sein, sowohl in seiner Friedenspräsenzstärke, wie auch in dem gesamten Beurlaubtenstande, aus dem sich die Kriegsformationen ergänzen sollen. Zurzeit tritt dies allerdings noch recht äußermaßig in die Ercheinung, weil die Franzosen ihre Wehrkräfte in viel schwächerer Weise zum Dienst heranziehen als wir, und weil sie durch eine Reihe Aushilfsmittel dem drohenden Ausfall an Recruiten abhelfen versucht haben.

Hierzu gehört zum Beispiel die Heraussetzung der Mindestgröße, die Einstellung der Widerstauchlichen für die sogenannten Hilfsdienste (Arbeiter, Schreiber, L'ouvreurs usw.), Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegs. Heranziehen jedes Tagesschen ohne Verpflichtung der häuslichen Verhältnisse. Werden hilfsbedürftige Familien, Eltern usw. durch die Einstellung ihrer Enthüter in ihrer Existenz bedroht, so gewährt ihnen der Staat eine Miete. Dies bedeutet natürlich eine große finanzielle Belastung des Staats, der Staat will sich aber lieber dieses Opfer auferlegen, als auf wehrfähige Leute verzichten. Auch viele schwer vorbestrafte Leute werden eingezellt, die bei uns wegen ihrer moralischen Minderwertigkeit vom Dienst ausgeschlossen sind. Da aber alle diese Maßregeln den Rückgang der Recruitenzahl auf die Toner nicht auszuhelfen vermögen, beschäftigt die französische Wehrleitung jetzt, das weiße Element in Nordafrika (Algier und Tunis) möglichst einzuschränken. Es soll durch Regierungstruppen ersehen und die weissen Truppen dann zur Verstärkung des Heeres in Frankreich verwendet werden. Im Senegalnegegner glaubt man ein vorzügliches Soldatenmaterial gefunden zu haben. Zunächst sind zwei Bataillone Senegallitzeure aufgestellt und dieser Tage in Algier eingetroffen, wo sie den Dienst der Besatzungstruppen übernommen haben. Bewahren sie sich, so soll ihre Zahl bald vermehrt werden. Nach den in der französischen Kamerun gemachten Angaben soll schließlich eine Regierungstruppe von 30 000 Mann geschaffen werden. Wenn diese zunächst auch nur für den afrikanischen Dienst

bestimmt sind, kann doch mit Sicherheit angenommen werden, daß sie im Falle eines europäischen Krieges auch in Europa verwendet werden, so wie es 1870/71 mit den Spahis, Tuaven und Turcos gesieht. Es läßt sich aber schon jetzt voraussehen, daß alle diese Maßnahmen den gewünschten Erfolg nicht herbeiführen werden. Frankreich wird sich über lang oder kurz zu einer Verminderung seines Heeres entschließen müssen. Einseitige französische Militärs haben dies schon seit längerer Zeit gefordert, indem sie darauf hinwiesen, daß die Stärke der Kompanien usw. schon jetzt so gering sei, daß sie eigentlich nur noch Stadts wären, mit denen sich kein ordentlicher Dienstbetrieb aufrecht erhalten liefe. Wollte man die Kompanie zu einer dem wirtschaftlichen Bedürfnis entsprechenden Höhe auffüllen, so müßte man entweder ein bis zwei Armeekorps ganz aufstellen oder die Zahl der Kompanien bei jedem Bataillon vermehren. Demgegenüber verfügen wir über einen Überfluß an Mannschaften, die wie bei der zurzeit gleichzeitig festgelegten Friedenspräsenzstärke und bei der der jetzigen geltenden Dauer der Dienstzeit nicht einstellen können. Viele Leute werden alljährlich der Erstakademie überwiesen. Wir verzichten damit leider und unseres Großteils in sehr unfliegender Weise freiwillig auf einen Teil unserer Wehrkraft. Nur so ist es erfärlbar, daß das um rund 20 Millionen an Einwohnern schwächerere Frankreich ein Heer unterhalten kann, das anähnlich dem unserigen gleich ist. Wenn dies bei einem Kriege mit Frankreich allein auch unbedenklich mit in den Kauft genommen werden könnte, so ändert sich doch die Verhältnisse, wenn man einen Krieg mit zwei Fronten befürchtigt oder eine Verstärkung Frankreichs durch andere Verbündete in Rechnung bringt. Die französische Presse wird es so häufig genug ganz offen aus, daß sie auf eine englische Hilfe rechnet. Ein englisches Heer soll im Kriegsschiff an der französischen und an der belgisch-niederländischen Nordseeküste landen und von dort entweder den Angriff auf den linken Flügel des offensiv vorgehenden französischen Heeres nehmen oder die rechte Flanke des deutschen Vorwärts bedrohen. Bei dieser Sohle er scheint eine weitere Entwicklung unserer Wehrkraft durchaus notwendig. Wenn aus finanziellen Gründen eine beträchtliche Vermehrung des Heeres auch ausgeschlossen erscheint, so kann doch, wie wir schon wiederholt betont haben, die Heranziehung der Erstakademie zu regelmäßigen Übungen, wie sie früher bestand, wieder ins Auge gesetzt werden. Die geplante Verpflichtung dazu ist nicht aufgehoben, sondern noch vorhanden. Es bedürfte nur der Bereitstellung der dazu erforderlichen Mittel. Man hätte dann ein Material zur Hand, das eine teilweise Ausbildung erhalten hätte und sich zur Aufstellung der Erstakademie in ganz anderer Weise als jetzt eignen würde. Es würde sich dadurch ohne allzu große Kosten eine wesentliche Verstärkung des Heeres herbeiführen lassen und dadurch die Aufrechterhaltung des Friedens in noch höherem Grade gewährleistet sein.“

**64 Prozent Dividende der Kolonialgesellschaft.** Das ist auch eine Freude der Dernburgischen Politik, aber nicht die Freude einfiger Arbeit, sondern es sind Viehgeschenke an das Großkonsulat. Wie eine Reihe amtlicher Denkschriften offen legen, hat die Gesellschaft für die Errichtung von Zinsesatz nichts getan; noch im Jahre 1905 hat ihr die Regierung dieses Zeugnis ausgestellt. Dafür braucht es auch nicht zu überraschen, daß sie bis dahin auch nicht einen Pfennig Dividende ausschütten konnte. Das Jahr 1905 brachte eine Änderung; aber nicht in der Richtung, daß nunmehr die Deutsche Kolonialgesellschaft eine einzige kolonialpolitische Tätigkeit entfalten hätte, mit nichts. Als Spekulationsgesellschaft begründet, lebt sie als solche weiter. Aber damals herrschte der Aufstand und der war ein „Blüd“ für die Gesellschaft. Millionen deutscher Steuerzahler kamen ins Land und ins Gebiet der Gesellschaft. Jetzt blüht ihr Geschäft. In jenen Jahren, wo Deutschland 2000 seiner Jungmannschaft und 400 Millionen Mark opfern mußte, da konnte die Gesellschaft ihre ersten Dividenden seit 20 Jahren verteilen; es waren 25 Prozent. Aus dem Unglück des Vaterlandes zog die Gesellschaft ihren ersten Nutzen. Was man aber damals noch ablehnte, das hat später Ternburg zur Tatsache gemacht: der Krieg ist in erster Linie für diese Gesellschaft und ihre Tochtergründungen geführt worden; heute kann sie die 1. Rate mit 64 Prozent zahlen, weitere werden kommen. So erinnert wenigstens diese hohe Zinseszins das deutsche Volk daran, was dort unten geschieht ist. Als man vor fünf Jahren die Millionen für den Aufstand genehmigte, da war die Aforderung allgemein: Kampf gegen die privilegierten Gesellschaften, die am Aufstande nicht unschuldig sind! Im ganzen Reichstage war nur eine Stimme der Entrüstung, aber auch der Entschlossenheit zur Beisetzung. Damals stellte der Herzog von Braunschweig keinen bekannten Antrag auf Heranziehung zu den Kriegskosten und Ent-

**Ein neues Harmoniesystem.**

Eine hochbedeutende musiktheoretische Neuerung, die berufen ist, auf die fernere Ausgestaltung des Harmonieunterrichtes von weittragender Bedeutung zu sein, ist die **Vollkommenheit des Harmoniesystems**, die der Dresdner Organist und Musikpädagoge Paul Walde ausgearbeitet hat, indem er neue Grundätze für die Erweiterung und technische Bezeichnung der Diatonik und Chromatik aufstellt. Das System Walde ist gewissermaßen die Lösung eines alten Problems. Die aufgestellten neuen Grundsätze und Regeln, das Ergebnis jahrelanger Studien, Versuche und Erfahrungen, die auf die bisherigen gesicherten Fundamente der Musikwissenschaft aufgebaut sind, sollen eine Brücke zwischen der auf den Altkontinenten bestehenden Theorie des Mittelalters, der klassischen Diatonik und der modernen Chromatik, denn auf alle diese Theorien lassen sich diese leicht und bequem anwenden. Es ist gewissermaßen das lange begehrte Universal-Harmoniesystem, das in seiner Einheitlichkeit und Vollkommenheit die gesamte Musik umfaßt und deren heutigem Stande in vollkommenster Weise entspricht. Von besonderer Bedeutung bei diesem neuen System ist, daß sämtliche Aufforderungen, auch die gewagtesten Harmonieverbindungen, auf

eine sehr einfache Weise in eine enge Beziehung zu einer Tonika gebracht werden. Walde hat diese Grundätze in einer Schrift „Die Harmonie der Neuzeit“ (Verlag Heinrich Pösselt, Dresden, 60 Pfennig) niedergelegt. Darin ist in gedrängter Stärke alles wesentliche über das System veröffentlicht. Eine erschöpfende Darstellung aller möglichen neuartigen Verbindungen und deren verschiedenartige Behandlung ist allerdings in dieser kleinen Schrift unmöglich, die angeführten Beispiele genügen aber, um erkennen zu lassen, daß es sich um eine bahnbrechende und zugleich klärende Sohle handelt.

Nach den in genannter Schrift niedergelegten Grundsätzen soll nun ein neues Harmonielehrbuch erscheinen, das außer zahlreichen Musterbeispielen für die zweckmäßige Anwendung alter und moderner Harmonieverbindungen an Übungsaufgaben enthalten soll: Aufgaben mit erweiterten Harmoniezeichen (Klangschlüssel), Aufgaben mit beziffertem Bass und mit gegebener Oberstimme in verschiedenem Rhythmus und anderes mehr. Bei der Anordnung des Übungsstoffes soll genau unterschieden werden zwischen alten und neuen Regeln, strenger und freier Behandlung. An Künstler, Musikslehrer, Konzervatorien, Musikhäusern und Kunstmuseen ergeht das Erbuchen, das recht baldige Erscheinen des Buches durch Vorabbestellung

von Exemplaren (das Stück ermäßigt zu 3 Mark, gebunden 4 Mark, bei größerer Anzahl entsprechend billiger) zu ermöglichen.

Zur Einführung in das erweiterte Harmoniesystem veranstaltet der Verfasser in Dresden Unterrichtskurse für Musiklehrer und Musikstudierende. Diese finden im Saale der Villa Antonstraße 7 vorläufig (Haltestelle der Straßenbahnenlinien 3, 4, 11, 12 und 26, Nähe der Linien 6, 7, 9 und 16 und Neustädter Bahnhof) statt. Anmeldungen zu diesen Kursen werden entgegengenommen in der Wohnung des Verfassers Conradstraße 22 (Wochentags 12 bis 1 Uhr), im Sekretariat Antonstraße 7 vorläufig (10 bis 12 Uhr), sowie jederzeit in der Musikalienhandlung von Heinrich Pösselt, Dresden-Alstadt, Moritzstraße 19. Dasselbe wird auch bereitwillig jede weitere Auskunft erteilt. Der Kursus wählt etwa drei Monate für solche, die schon Harmonielehre nach irgend einer Methode studierten, für Anfänger etwa ein Jahr. Preise für Klassenkurse: Jahreskurs 60 Mark, Dreimonat-Kursus 20 Mark. Beginn von Einzelskuren jederzeit. Der nächste Klassenkurs beginnt am 1. Oktober 1910. Die Zeit wird auf Grund gemeinsamer Vereinbarung festgesetzt.





